

Entschließungsantrag
der Gruppe der PDS

zu der Erklärung der Bundesregierung

**Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau in Deutschland
und zum Frieden in Europa**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich eine Stiftung zur Entschädigung von tschechischen Opfern der NS-Diktatur einzurichten und hierfür angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese Stiftung sollte auch Mittel bereithalten für Möglichkeiten der Begegnung von Deutschen und Tschechen, insbesondere für den Jugendaustausch.
2. Der Deutsche Bundestag greift den Vorschlag des Präsidenten der Tschechischen Republik, Vaclav Havel, auf, in einer gemeinsamen Erklärung der Parlamente beider Länder jene Probleme aus dem Weg zu räumen, die die bilateralen Beziehungen nach wie vor belasten. Eine solche Erklärung muß den eindeutigen Verzicht auf jegliche Forderungen beinhalten, die nach den „Benes-Dekreten“ vorgenommenen Enteignungen von Sudetendeutschen rückgängig zu machen und diesen ein kollektives Rückkehrrecht zu gewähren.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) sofort alle Mittel aus dem Bundeshaushalt zu sperren, solange sich die Landsmannschaft nicht offen von Kräften, die eine antisemitische, revanchistische und rechtsextreme Politik betreiben, wie dem „Witikobund“ (der nationalen Gesinnungsgemeinschaft innerhalb der SL), abgrenzt.

Bonn, den 31. Mai 1995

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Seit dem Abschluß des Nachbarschaftsvertrages im Jahre 1991 ist seitens der Bundesregierung kein entscheidender Schritt unternommen worden, um die das deutsch-tschechische Verhältnis belastenden Probleme zu lösen. Insbesondere ihrer Verpflichtung zur Entschädigung der tschechischen NS-Opfer ist die Bundesregierung bis zum heutigen Tag immer noch nicht nachgekommen. Der Bundespräsident wies während seines kürzlichen Besuches in Prag zu Recht auf die Tatsache hin, daß eine Entschädigung erfolgen muß. Nicht minder blockiert werden die bilateralen Beziehungen durch die Forderungen nach Eigentumsrückgabe und einem Rückkehrrecht für die Sudetendeutschen, die darüber hinaus mit der Frage einer Entschädigung der tschechischen NS-Opfer verknüpft werden.

Mit einem Verband wie dem „Witikobund“, der den osteuropäischen Nachbarn mit Vertreibung droht und die NS-Verbrechen, wie z. B. in Lidice, als „völkerrechtlich übliche Sache“ darzustellen versucht, darf es keinerlei Gemeinsamkeit geben. Der Bundestag begreift die sofortige Sperrung der finanziellen Mittel für die SL als eine wichtige Vorableistung und eine vertrauensbildende Maßnahme für eine Verständigung mit der Tschechischen Republik.

Kurz vor dem 46. „Sudetendeutschen Tag“ sollten Bundesregierung und Bundestag ein deutliches politisches Zeichen der Bereitschaft setzen, die deutsch-tschechischen Beziehungen nachhaltig zu verbessern.